Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2605**

16. Wahlperiode 18. 09. 2006

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Dr. Lothar Bisky, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Dr. Martina Bunge, Roland Claus, Sevim Dagdelen, Dr. Diether Dehm, Werner Dreibus, Dr. Dagmar Enkelmann, Klaus Ernst, Diana Golze, Heike Hänsel, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Cornelia Hirsch, Inge Höger-Neuling, Dr. Barbara Höll, Ulla Jelpke, Dr. Lukrezia Jochimsen, Dr. Hakki Keskin, Katja Kipping, Jan Korte, Katrin Kunert, Ulla Lötzer, Dr. Gesine Lötzsch, Ulrich Maurer, Dorothee Menzner, Kornelia Möller, Kersten Naumann, Wolfgang Neskovic, Dr. Norman Paech, Petra Pau, Bodo Ramelow, Elke Reinke, Paul Schäfer (Köln), Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Herbert Schui, Dr. Ilja Seifert, Dr. Petra Sitte, Frank Spieth, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Axel Troost, Alexander Ulrich, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann, Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und der Fraktion DIE LINKE.

zu der ersten Beratung des Antrags der Bundesregierung – Drucksache 16/2572 –

Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der United Nations Interim Force in Lebanon (UNIFIL) auf Grundlage der Resolution 1701 (2006) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 11. August 2006

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Seit dem 14. August 2006 schweigen die Waffen im Krieg zwischen Israel und den Hisbollah-Milizen im Libanon. Dieser Waffenstillstand ist brüchig. Er muss stabilisiert und in einen Friedensprozess im Nahen Osten übergeleitet werden. Es gibt keine positive Alternative zu einer politischen Lösung des Nahostkonfliktes, die zu zwei sicheren, lebensfähigen, völkerrechtlich anerkannten Staaten führen muss: Israel und Palästina. Eine politische Lösung setzt die gleichberechtigte Teilnahme und die Berücksichtigung der Interessen aller Beteiligten an einem Friedensprozess voraus. Frieden ohne Gerechtigkeit wird nicht von Dauer sein. Um eines nachhaltigen Friedens willen bedarf es großer Anstrengungen und insbesondere auch Hilfen der Europäischen Union zur sozialen und ökonomischen Entwicklung dieser Region. Deutschland, die EU und das Nahost-Quartett haben eine besondere Verantwortung, dem Friedensprozess neue Impulse zu geben.

2. Seit Jahrzehnten verschlechtert sich die Lage im Nahen Osten, weil zu wenig Initiativen für eine Konfliktlösung ergriffen wurden. Die sog. Road Map des Nahost- Quartetts, die sowohl von Israel als auch von der palästinensischen Autonomiebehörde akzeptiert wurde, hat nicht zur Gründung eines palästinensischen Staates, der friedlich an der Seite Israels existiert, geführt. Die Lage in den palästinensischen Gebieten, insbesondere im Gazastreifen, hat sich dramatisch verschlechtert. Dazu gehören die Fortsetzung des Mauer- und Zaunbaus in den besetzten Gebieten, die Ausweitung der Siedlungen, die Wirtschaftsblockade, die militärischen Übergriffe sowie gezielte Tötungen. Die palästinensische Autonomiebehörde ist derzeit kaum mehr handlungsfähig. Nach den Oslo-Vereinbarungen hat der Friedensprozess zwischen Israel und Palästina keine Fortschritte gemacht, sondern ist hinter Oslo zurückgefallen. Der Krieg und die anhaltende Besetzung im Irak und der Konflikt mit dem Iran spitzen die Lage zusätzlich zu. Auch Probleme wie z. B. die israelische Besetzung der Golanhöhen und der Shebaa-Farmen bedürfen dringend einer Lösung. Gewaltsame Aktionen der Hisbollah und der Hamas, Selbstmordanschläge und Angriffe auf Israel gefährden die Sicherheit Israels und seiner Bürgerinnen und Bürger. Eine politische Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes wird insgesamt dazu beitragen, die Situation in der Region zu befrieden. Die Zukunft des Libanon, die Herstellung seiner vollen Souveränität, ist Angelegenheit der Libanesen selbst und muss international unterstützt werden. Die Entwaffnung der Hisbollah und aller Milizen soll zur Stärkung des libanesischen Staates führen. Dafür ist ein innerlibanesischer Dialog notwendig, der mit rein zivilen internationalen Initiativen unterstützt werden sollte. Die weitere Aufrüstung Israels – auch durch deutsche Waffenlieferungen – ist zu beenden.

3. Der Waffenstillstand auf Basis der UN-Resolution 1701 (2006) bleibt prekär, auch wenn ihm die Konfliktparteien zugestimmt haben. Ein rascher Abzug der israelischen Truppen aus dem Süden des Libanon wäre ein Beitrag zur Stabilisierung des Waffenstillstandes. Durch den Einsatz einer internationalen UN-Truppe – so die Resolution 1701 (2006) – soll in Ergänzung zur geplanten Stationierung von Soldaten der libanesischen Armee im Südlibanon der Waffenstillstand stabilisiert werden und schließlich in Verhandlungen der Konfliktparteien münden. Dazu ist derzeit weniger die Ausstattung der UNIFIL-Mission mit einem Kampfauftrag nach Kapitel VII der UN-Charta als vielmehr das politische Einverständnis aller Konfliktparteien generell zu einer friedlichen Verhandlungslösung notwendig, wie sie in Resolution 1701 (2006) auf der Basis der Sicherheitsratsresolutionen 242 (1967) und 338 (1973) angemahnt wird.

4. Die Bundesregierung will, dass sich Deutschland mit Bundeswehrsoldaten an einer UN-Truppe für den Libanon (UNIFIL) beteiligt. Die Bundesregierung beruft sich dabei auf die Stimmen befreundeter Regierungen und nicht zuletzt auf den ausdrücklichen Wunsch der israelischen und der libanesischen Regierung. Das ist der falsche Weg eines deutschen Beitrags zur notwendigen Stabilisierung des Waffenstillstandes.

5. Deutschland hat angesichts seiner historischen Verantwortung für den Völkermord an den europäischen Juden besondere Pflichten gegenüber Israel. Diese Verantwortung muss deutsche Politik prägen. Sie schließt das diplomatische Bemühen um einen palästinensischen Staat ein. Sie kann nicht auf die Palästinenser verlagert werden. Die deutsche Verantwortung spricht gegen eine Entsendung deutscher Soldaten als Bestandteil einer internationalen UN-Friedenstruppe, weil jede ihrer Handlungen von den jeweils betroffenen Seiten in diesen historischen Zusammenhängen gesehen würde. Damit würden deutsche Soldaten und Polizisten nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Aktuell würde zusätzlich die Entsendung deutscher Soldaten in den Nahen Osten die politischen Möglichkeiten unse-

res Landes, zu einer friedlichen Lösung des Nahostkonfliktes beizutragen, nicht ausweiten, sondern einschränken. Truppen sollen nur neutrale Staaten entsenden. Deutschland ist nicht neutral und will es auch nicht sein. Die unterschiedlichen Erwartungen der beteiligten Regierungen an deutsche Soldaten sprechen ebenfalls gegen eine Truppenbeteiligung Deutschlands.

Notwendig sind neue und weit reichende politische Initiativen. Deutschland kann und soll helfen, aber nicht militärisch.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Kein deutsches militärisches Engagement im Nahen Osten

1. Der Deutsche Bundestag lehnt sowohl die Entsendung deutscher Soldaten in den Libanon als auch die Entsendung deutscher Seekräfte vor die libanesische Küste ab.
2. Der Deutsche Bundestag ruft alle Konfliktparteien dazu auf, den Waffenstillstand einzuhalten.

III. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Politische Alternativen zum militärischen Engagement

1. Humanitäre Hilfe

Den Menschen im Libanon, in Israel und Palästina muss rasch geholfen werden. Deutschland leistet Soforthilfe für den zivilen, humanitären Wiederaufbau im Libanon. Dazu gehören medizinische Unterstützung und der Einsatz deutscher Ärztinnen und Ärzte zur Betreuung von verwundeten und traumatisierten Opfern des Krieges, Hilfe bei der Minenräumung, Hilfe bei der Bekämpfung der Öl-Umweltkatastrophe, Hilfe zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur, von Häusern und Wohnungen. Die Bundesregierung stellt der libanesischen Regierung Erfahrungen zur Verfügung, die deutsche Diplomaten in anderen UN-Missionen zur Eingliederung von Bürgerkriegsparteien in das zivile Leben gesammelt haben. Deutschland hilft bei der Ausbildung von libanesischen Zoll- und Polizeibeamten und ist auch zur vorübergehenden Aufnahme von Kriegsflüchtlingen bereit.

Deutschland beteiligt sich ebenfalls an der Hilfe für Bürgerinnen und Bürger Israels, die zu Opfern des Krieges wurden, zum Beispiel durch die materielle Unterstützung für den Wiederaufbau von Häusern und Wohnungen. Besondere Wiederaufbauhilfe wird der Stadt Haifa, die große Zerstörungen erlitten hat, zur Verfügung gestellt.

2. Hilfe für Palästina wieder aufnehmen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich in der Europäischen Union dafür einzusetzen, die materiellen Hilfen für die palästinensische Autonomiebehörde ohne Einschränkungen sofort wieder aufzunehmen und den in der demokratischen Wahl vom Februar dieses Jahres erklärten Willen der palästinensischen Bevölkerung anzuerkennen.

Der Deutsche Bundestag appelliert an Hamas und Hisbollah, die entführten israelischen Soldaten frei zu lassen. Er appelliert an Israel, die inhaftierten Minister der palästinensischen Autonomiebehörde, den Parlamentspräsidenten, den Vizepräsidenten und die palästinensischen Abgeordneten frei zu lassen. Dies wären wichtige Zeichen für einen Beginn des Dialogs als Voraussetzung für einen Friedensprozess.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Initiative des palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas für eine Wiederbelebung von Friedensverhandlun-

gen zu unterstützen. Der Deutsche Bundestag ruft die Regierung Israels von Ministerpräsident Ehud Olmert dazu auf, mit dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas ernsthafte bilaterale Verhandlungen über die Gründung eines palästinensischen Staates aufzunehmen und auf einseitige territoriale Veränderungen und unilaterale Handlungen zu verzichten. Der Deutsche Bundestag fordert die palästinensische Autonomiebehörde unter Ministerpräsident Ismail Hanija zur Anerkennung Israels und zur Abkehr von Gewalt auf. Dazu gehört, jeder Form von Angriffen auf Israel entgegenzuwirken. Die Einbeziehung der gewählten bzw. zu wählenden palästinensischen Regierung kann in dieser Art und Weise zu einer Stabilisierung im Nahen Osten beitragen.

3. Deutscher Sonderbotschafter bei der Arabischen Liga

Die Bundesregierung ernennt einen Sonderbotschafter bei der Arabischen Liga. Er soll die Zusammenarbeit mit der Arabischen Liga und arabischen Staaten befördern. Das könnte hilfreich sein für die Fragen, die nach dem Waffenstillstand, dem Rückzug der israelischen Armee aus dem Süden des Libanon, dem Vorrücken der libanesischen Armee und dem Ausbau der bestehenden UNIFIL-Mission auf der Tagesordnung stehen, wie: Gefangenenaustausch, Regelungen zwischen Israel und des Libanon zu den Shebaa-Farmen sowie zwischen Israel und Syrien zu den Golanhöhen. Er könnte auch seine Dienste in der Vermittlung zwischen Israel und Palästina zur Errichtung eines lebensfähigen palästinensischen Staates anbieten.

4. Jugendprojekte für israelisch-palästinensische Verständigung auf den Weg bringen

Deutschland gründet ein Jugendprojekt speziell für die israelisch-palästinensische Verständigung, zusammen mit Jugendlichen aus Europa. Die Wunden, die der jahrzehntelange Krieg und Bürgerkrieg im Nahen Osten geschlagen hat, sind tief. Es bedarf besonderer Anstrengungen, damit eine junge Generation den Hass überwinden und zu Verständnis und Akzeptanz finden kann. Die Erfahrungen des deutsch-französischen Jugendaustausches und zivilgesellschaftlicher israelisch-palästinensischer Projekte sind dafür wertvoll.

5. Ständige Nahostkonferenz in Berlin ähnlich der KSZE

Der Deutsche Bundestag schlägt eine unbefristete internationale Friedenskonferenz, eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZN), vor. Der Deutsche Bundestag lädt die KSZN ein, Berlin als ihren Konferenzort zu wählen.

Ziele dieser Konferenz, die durch vertrauensbildende Maßnahmen vorbereitet werden muss, können sein:

- die Anerkennung des Existenzrechts Israels von allen Beteiligten mit völkerrechtlich verbindlich festgelegten Grenzen;
- die Schaffung eines palästinensischen Staates mit völkerrechtlich verbindlichen, von allen Beteiligten anerkannten Grenzen, der wirtschaftliche und soziale Lebensfähigkeit besitzt;
- die Vereinbarung eines „Marshallplanes“ zur sozialen und ökonomischen Entwicklung insbesondere des Libanon und Palästinas;
- eine Regelung über die Rechte palästinensischer Flüchtlinge;
- eine Regelung zwischen Israel und Syrien über die strittigen Grenzfragen und über die Rückgabe der Golanhöhen;
- eine Verständigung über einen Fahrplan zur zügigen Beendigung der Besetzung des Irak und

- Schritte zur Entmilitarisierung der Nahostregion, Abbau aller Massenvernichtungswaffen einschließlich der israelischen Atomwaffen, die Verhinderung einer atomaren Rüstung des Iran und die Vereinbarung gegenseitiger und internationaler Sicherheitsgarantien für die Länder der Region.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, als deutschen Beitrag zur Demilitarisierung des Nahen Ostens einen sofortigen Stopp eigener Waffenlieferungen in die Krisenregion vorzunehmen.

Der Deutsche Bundestag schlägt dem Weltsicherheitsrat vor, Gespräche über eine ständige Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten (KSZN) aufzunehmen und Voraussetzungen zu schaffen, sie stattfinden zu lassen.

Der Deutsche Bundestag würde es begrüßen, wenn die KSZN von einem breiten gesellschaftlichen Dialog im Nahen Osten begleitet würde.

Mit dem Angebot Berlins als Ort für eine solche Konferenz wird die besondere deutsche Verantwortung für eine friedliche Lösung der Nahostkonflikte unterstrichen.

Berlin, den 18. September 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333